

## **Interview: Cuba und die USA**

**In den Verhandlungen zwischen Kuba und den USA gibt es eine Reihe Knackpunkte. So fordert Kuba von der US-Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, gestrichen zu werden. Welchen Zweck erfüllt diese Liste für die Politik der USA?**

Der Vorwurf des Terrorismus ist die politische Illegitimierung einer Regierung und die Liste liefert den Vorwand, um Blockademaßnahmen gegen einen Staat durchführen zu können. Regierungen oder Organisationen, die man als terroristisch bezeichnet, werden außerhalb des Kreises derjenigen gestellt, mit denen man verhandeln kann.

**Erklärte US-Präsident George W. Bush Kuba deshalb zu einem Schurkenstaat?**

Ja aber die Liste beinhaltet einen viel schärferen Vorwurf, denn ein Terrorist ist gefährlicher als ein Schurke. Diese Kennzeichnung ist das Mittel, um jemanden auch zu illegalisieren und die eigenen völkerrechtswidrigen Aktivitäten – und nichts anderes ist die US-Blockade gegen Kuba – dadurch zu legitimieren.

**Welche Folgen hat es, auf dieser Liste zu stehen?**

Wie schon gesagt, dient sie zunächst zur Rechtfertigung der Blockade und anderer gegen Kuba gerichteter Maßnahmen. Sie wird von US-Behörden auch als Begründung genutzt, um über Banken, die Geschäftsbeziehungen zu Kuba pflegen, Bußgelder in Millionenhöhe zu verhängen. Völkerrechtlich hat die Liste keine Relevanz, faktisch ist sie für Kuba eine permanente Bedrohung. Es ist allerdings absurd, dass die USA jetzt diplomatische Beziehungen zu einem Land aufnehmen wollen, dem sie die Förderung des Terrorismus vorwerfen. Das ist auch für die USA ein Problem.

**Aber vor allem für Kuba. Kann die Blockade überhaupt beendet werden, solange es auf der US-Liste der Terrorsponsoren steht?**

Die Streichung von dieser Liste ist meiner Ansicht nach eine notwendige Voraussetzung zur Aufhebung der Blockade, die ja vom Kongress beschlossen werden muss.

**Kuba verlangt auch, dass die USA sich zur Einhaltung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen verpflichten. Was besagt dieser Vertrag?**

In ihm werden sehr minutiös alle Rechte und Pflichten der diplomatischen Vertretungen aufgezählt. Es ist sozusagen die Charta aller diplomatischen Beziehungen und beschreibt die Grundlagen des Umgangs miteinander.

**Diplomaten dürfen sich danach nicht in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes einmischen.**

Ja aber das ist wohl nicht der Grund dafür, dass die kubanische Seite das Wiener Übereinkommen so stark betont. Es ist bekannt, dass in den Botschaften auch Mitarbeiter der Geheimdienste tätig sind. Von US-Vertretungen werden in vielen Ländern der Welt subversive Aktionen gegen legitime

Regierungen organisiert, angeleitet und kontrolliert. Das ist illegal und verstößt gegen das Wiener Übereinkommen, geschieht aber trotzdem.

### **Warum reitet die kubanische Verhandlungsdelegation dann so sehr auf diesem Punkt herum?**

Ich vermute, dass es ihnen eher um die Rechte ihrer eigenen Diplomaten in den USA geht. So ist etwa im Absatz 26 des Wiener Übereinkommens geregelt, dass der Empfangsstaat allen Mitgliedern der Mission – außer in militärischen oder sonstigen Sperrgebieten – die volle Bewegungs- und Reisefreiheit in seinem Hoheitsgebiet gewähren muss. Das garantiert die volle Kommunikations- und Berichtsmöglichkeit ohne Einschränkung durch US-Behörden.

### **Nützt das nicht eher den Plänen der USA zum »Regime-Change« als den Interessen Kubas?**

Das glaube ich nicht. Die Kubaner sind nicht blauäugig. US-Agenten tummeln sich dort doch schon jetzt, wie der Fall Alan Gross zeigt. Er ist ein Spion, der erwischt wurde aber viele andere agieren unentdeckt weiter. Daran wird sich durch die Eröffnung von Botschaften nicht viel ändern. Auf der anderen Seite wird es nur so gelingen, wichtige Fragen, wie die Beendigung der Blockade oder die Rückgabe von Guantánamo anzugehen.

### **Für wie realistisch halten Sie die Durchsetzung dieser Forderungen?**

Das Ende der Blockade ist das wichtigste Ziel, das von nahezu allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterstützt wird. Der US-Kongress wird sich nicht auf Dauer gegen den Rest der Welt stellen können. Die Basis in der Bucht von Guantánamo ist ein Überbleibsel des Kolonialismus und das dortige Gefängnis verstößt gegen Menschen- und Völkerrecht. Die Forderung nach Rückgabe des Territoriums an Kuba ist berechtigt. Der Pachtvertrag von 1934 verlangt aber die Zustimmung beider Staate. Notwendig sind also internationaler Druck und geschicktes Verhandeln.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität Hamburg. Von 2005 bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.

Interview: Volker Hermsdorf